

# taz. die tageszeitung

AUSGABE BERLIN | NR. 9821 | 23. WOCHE | 34. JAHRGANG

FREITAG, 8. JUNI 2012 | WWW.TAZ.DE

€ 2,60 AUSLAND | € 2,30 DEUTSCHLAND

HEUTE IN DER TAZ



**BOHEME** Laurel Halos „Quarantine“ ist eines der schönsten, seltsamsten Alben des Jahres > SEITE 13

**BUDDHA** Der US-Autor Robert Thurman über Wiedergeburt, Sklaverei und Wahnsinn > SEITE 11

**BERLIN** Flughafen-Überlastung? Zahl der Abflüge von Schönefeld sinkt > SEITE 18

Foto: Tim Saccenti

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Die Schweiz kriegt gerade ein neues Obdachlosenproblem: „Viele Deutsche meiden Schweizer Hotels“, meldete gestern die Deutsche Presse-Agentur. Der Grund: Der Höhenflug des Franken hat die Unterkünfte in Helvetien für Euro-Benutzer so verteuert, dass diese die Herbergen der Alpenrepublik meiden. Das „Logiernächte-Minus“ für Europa beläuft sich laut Schweizer Statistischem Bundesamt schon jetzt auf 11 Prozent – oder 736.000 Übernachtungen. Bedenkt man, dass hinter dieser Zahl viele, viele, viele müde Menschen stehen, wird klar:

So viele Notunterkünfte hat selbst die reiche Schweiz nicht.

TAZ MUSS SEIN

Die tageszeitung wird ermöglicht durch 11.862 GenossInnen, die in die Pressefreiheit investieren. Infos unter [geno@taz.de](mailto:geno@taz.de) oder 030 | 25 90 22 13  
**Aboservice:** 030 | 25 90 25 90  
 fax 030 | 25 90 26 80  
[abomail@taz.de](mailto:abomail@taz.de)  
**Anzeigen:** 030 | 25 90 22 38 | 90  
 fax 030 | 251 06 94  
[anzeigen@taz.de](mailto:anzeigen@taz.de)  
**Kleinanzeigen:** 030 | 25 90 22 22  
**Redaktion:** 030 | 259 02-0  
 fax 030 | 251 51 30, [briefe@taz.de](mailto:briefe@taz.de)  
**taz. die tageszeitung**  
 Postfach 610229, 10923 Berlin  
**taz im Internet:** [www.taz.de](http://www.taz.de)  
[twitter.com/tazgezwitscher](https://twitter.com/tazgezwitscher)  
[facebook.com/taz.kommune](https://facebook.com/taz.kommune)

Euro-Krise

## Spanien-Rettung

Griechenland-Pleite

Arbeitslosen-Rekord

Banken-Fiasko

Grenzkontroll-Revival

# Fußball

**EURO 2012** Der Alte Kontinent sieht gerade echt alt aus. Zum Glück beginnt heute die Fußball-Europameisterschaft. Aus der wird Europa auf jeden Fall als Sieger hervorgehen, sagt Norbert Walter. Das Interview mit dem Ex-Banker, die taz-Analyse sämtlicher EM-Mannschaften und vieles mehr > 8 Seiten EM-taz und Berlin SEITE 17, 19



Endlich mal zu Gast bei Freunden: Bundeskanzlerin Angela Merkel mit Spielern der Nationalmannschaft Foto: Guido Bergmann/dapd

## Staat zeigt Härte gegen Rockergangs

**BERLIN** Nach Verbot von Hells-Angels-Ableger Großrazzia bei Bandidos

**BERLIN taz** | Bei einer Großrazzia gegen Motorradrocker der Bandidos in Berlin und Brandenburg sind acht Verdächtige verhaftet worden. In den meisten Fällen ging es um den Verdacht des bandenmäßigen Drogenhandels. Die Fahnder durchsuchten fast 80 Wohnungen, Arbeitsstätten und Vereinsheime, 1.000 Beamte waren im Einsatz. Vergangene Woche waren die Behörden bereits gegen den Rockerclub „Hells Angels Berlin City“ vorgegangen. Es war bereits das vierte Verbot eines Motorradgang-Ablegers in Deutschland in diesem Jahr. Wie das Bundesinnenministerium in einer Antwort auf eine kleine Anfrage einräumt, gibt es immer wieder auch Verbindungen der Rocker zur rechtsextremen Szene. Das seien aber Einzelfälle. Die Linksfraktion spricht dagegen von einem „hochgefährlichen Gebräu“ > Schwerpunkt SEITE 3

## Regierung und Opposition einig bei Finanzsteuer

**BERLIN taz** | Beim Streit über die Einführung einer Finanztransaktionssteuer hat sich die Bundesregierung auf die Opposition zubewegt: Erstmals erklärten nun auch Union und FDP ihre Bereitschaft, eine solche Steuer auf Finanzgeschäfte auch einzuführen, wenn nicht alle Eurostaaten dabei mitmachen. Grundlage soll das von der EU-Kommission erarbeitete Modell sein; der FDP-Vorschlag, sich an der britischen Stempelsteuer zu orientieren, ist vom Tisch. SPD und Grüne hatten eine Einigung auf die Finanzsteuer zur Bedingung für ihre Zustimmung zum europäischen Fiskalpak gemacht. > Der Tag SEITE 2

KOMMENTAR VON MALTE KREUTZFELDT ZUR FINANZTRANSAKTIONSSTEUER

## An der richtigen Stelle eingeknickt

**N**ein, die Finanzkrise wäre nicht vorbei, wenn die Finanztransaktionssteuer endlich eingeführt würde. Und das Spardiktat des Fiskalpakts bleibt ökonomisch kontraproduktiv, auch wenn er um sinnvolle Maßnahmen ergänzt wird. Dennoch ist es eine gute Nachricht, dass die Regierung bei der Steuer auf Finanztransaktionen dem Druck der Opposition nachgegeben hat. Vor allem die FDP hatte sich lange – und mit längst widerlegten Argumenten – dagegen gewährt, alle Finanztransaktionen mit einem geringen Steuersatz zu belegen, um so die Finanzbranche an den Kosten der Krise zu beteiligen und zugleich kurzfristige Spekulation weniger

attraktiv zu machen. Zustimmung wollten die Liberalen bisher allenfalls einer viel weniger effektiven Börsenumsatzsteuer – oder einer gesamteuropäischen Lösung, von der klar ist, dass sie an den Briten scheitert. Diese Klientelpolitik für Finanzzocker ist gescheitert: Auch die FDP musste sich nun mit einer umfassenden Steuer in nur einem Teil der EU-Staaten einverstanden erklären. Dieses Einknicken vor der breiten gesellschaftlichen Mehrheit ist ein wichtiger Schritt. Denn wenn die nun auf Arbeitsebene erzielte Einigung in den weiteren Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition nicht wieder aufgeweicht wird, dann steigen die Chancen enorm,

dass dieser Plan auch umgesetzt wird. Durch die veränderte deutsche Haltung wäre der derzeitige Stillstand aufgelöst. Eine Gruppe von EU-Staaten könnte im Rahmen der sogenannten verstärkten Zusammenarbeit gemeinsam vorschreiten und die Steuer einführen. Wenn das, wie erwartet, hohe Einnahmen und wenige Probleme bringt, werden sich weitere Staaten anschließen und die Wirksamkeit weiter erhöhen.

**Jetzt kann eine Gruppe von EU-Staaten vorgehen und die Steuer einführen**

Getrübt wird die Freude über den Fortschritt bei diesem wichtigen Projekt zum einen dadurch, dass es bisher keine Aussage zur Verwendung der Einnahmen gibt. Das ursprüngliche Ziel, einen großen Teil für Entwicklung und Klimaschutz zu nutzen, darf nicht aufgegeben werden. Zum anderen ist es bitter, dass die Zustimmung von SPD und Grünen zum Fiskalpak trotz der substanziellen Kritik, die es daran gibt, nun wohl als gesichert gelten darf. Doch angesichts der wenig konfliktfreudigen Haltung der Opposition muss man wohl schon froh sein, dass sie im Gegenzug für ihre Zustimmung überhaupt etwas herausgeholt hat.

